

### **„Jetzt ist die Katze aus dem Sack“ - Immer weniger Polizisten in Rheinland-Pfalz**

**Eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion hat ergeben, dass die Polizeistärke im Land weiter sinkt. So wird es 2017 100 Beamte weniger geben als im Vorjahr. „Der Landesregierung fehlt der Wille, sich der sicherheitspolitischen Realität in unserem Land anzupassen. Damit gefährdet sie die Sicherheit in unserem Land“, so die Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz Christine Schneider.**

Donnerstag, 26. Januar 2017 // 15:03 Uhr

Immer wieder hat es die Landesregierung bestritten und schöngeredet, jetzt zeigen die Zahlen das, wovor die CDU seit Jahren wart: Die rheinland-pfälzische Polizei hat mit einem gravierenden Personalmangel zu kämpfen. „Doch dieses Problem ist nicht vom Himmel gefallen. Das in Rheinland-Pfalz die Polizistinnen und Polizisten an allen Dienststellen fehlen, ist eine von der Landesregierung herbeigeführte Entwicklung“, so Christine Schneider. Der SPD-geführten Regierung seien prestigeträchtige Großprojekte immer wichtiger gewesen, als ausreichend Polizisten einzustellen, erklärt Schneider.

„Die jetzt von der Landesregierung genannten Zahlen bestätigt die Warnungen der CDU: Die Polizeistärke sinkt - und dass trotz der angespannten Sicherheitslage. Erst Ende 2019 wird wieder eine Zahl erreicht, die dem Stand von Ende 2016 entspricht. Das ist den Bürgern vor der aktuellen Diskussion um die Innere Sicherheit nicht vermittelbar“, so Christine Schneider.

Auch in der Stadt Landau und im Kreis Südliche Weinstraße beklagt die Polizei seit Jahren personelle Engpässe. So ist in den Polizeidienststellen in Landau, Edenkoben, Bad Bergzabern und Annweiler die Soll-Stärke seit Jahren nicht erfüllt. Die fehlenden Polizisten sind insbesondere für die kleinen Dienststellen Edenkoben, Annweiler und

Bad Bergzabern ein massives Problem. „Die Tatsache, dass der polizeipolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion (Wolfgang Schwarz) sich für eine Schließung kleiner Dienststellen ausgesprochen hat, macht mich tief besorgt. Wir brauchen eine ausreichende Zahl an Polizeikräften vor Ort bei den Menschen um die Innere Sicherheit zu gewährleisten“, fordert Christine Schneider.

Trotzdem hält die Landesregierung sofortige Maßnahmen für unnötig und verweist gebetsmühlenartig auf die Neueinstellungen. Diese werden aber zum einen erst in einigen Jahren wirksam, zum anderen reichen sie angesichts der vielen Überstunden bei weitem nicht aus.

„Der fehlende Wille der Landesregierung, sich der sicherheitspolitischen Realität anzupassen, geht zu Lasten der Polizisten und der Sicherheit in unserem Land“, so Schneider.

---

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Wahlkreisbüro Christine Schneider

Tel.: 06341/934621

Mail: [buero@christine-schneider.de](mailto:buero@christine-schneider.de)

PI-Nr.: 17 01 26  
Datum:  
Donnerstag, 26. Januar  
2017